Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 158
8. Oktober

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse: Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Die Lage in Deutschland 1347

Deutschland
Die Solidarität der englischen Arbeiter mit dem deutschen Proletariat 1348
Für die Solidarität des deutschen und französischen Proletariats. Von Monmousseau 1348

Politik.
Ein neuer Unterjochungsversuch gegen China. Von Slepak 1348

Wirtschaft.
Die deutschen Geschäfte des Herrn Baldwin. Von Newbold 1349

Arbeiterbewegung.
Die Spaltung der rumänischen Gewerkschaftsbewegung durch die Amsterdamer. (RGI.) 1349

Jugendbewegung.
Der Tag der Hunderttausende in Rußland. Von Unger 1350

Faschismus.
Der Kampf der deutschen Republik gegen die faschistische Gefahr. Von Radek 1351

Aus dem faschistischen Italien.
Zur Krise im italienischen Faschismus. Von A. R. . 1351

Weißer Schrecken.
Der Notschrei des bulgarischen Volkes! 1352
Der weiße Terror gegen das griechische Proletariat . 1352

Buchbesprechung.
Otto Bauer: „Die österreichische Revolution". Von Stern 1353

Die Lage in Deutschland.

Berlin, 7. Oktober 1923.

** Die Große Koalition, die in Scherben zerfiel, ist nun wieder zusammengeleimt worden. Der Traum der Großen Koalition, die solange die Hoffnung gewisser politischer Zwischenschichten war, die jedoch in der deutschen Republik einen gewissen politischen Einfluß hatten, ist nun ausgeträumt. Das sagt nicht die äußerste Rechte und die äußerste Linke, sondern das sagen auch die Getreuesten der Treuen der Stresemann-Kanzlerschaft. So schreibt Herr Bernhard in der Sonntag-Nummer der „Voss'schen Zeitung":

„Die Vereinigung aller Parteien, die zwischen Deutschnationalen und Kommunisten stehen, war gelungen. Woran Wirth noch scheitern mußte, das galt nach den trüben Erfahrungen der Cuno-Regierung jetzt als eine politische Selbstverständlichkeit. Die Freude aber war kurz. Denn schon nach verhältnismäßig geringer Zeit wies die Koalition Risse auf. Gewissermaßen ein tektonisches Beben ließ das kaum errichtete Kabinettshaus zusammenbrechen. Das kann man unmöglich vergessen, wenn jetzt der Bau wieder geflickt ist. Seine Wiederherstellung war notwendig, wenn man nichts Schlimmeres eintreten lassen wollte. Allein man wird verstehen können, wenn die sorgenvolle Frage auftaucht, ob denn nun der Baugrund fester steht als früher."

Wenn nun Herr Bernhard glaubt, daß das Auseinanderfallen der Koalition nur darauf zurückzuführen sei, daß Herr Raumer der Vertreter der verarbeitenden Industrie war, deren Interessen denen der Kohlen- und Stahlbarone widersprach, daß Herr Hilferding deshalb über die Klinge springen mußte, weil er die Aufhebung der Kohlensteuer an die Bedingung knüpfte, daß dadurch auch die Kohlenpreise herabgemindert werden müssen, so kann das nur insofern richtig sein, als diese Dinge in der Regierungskrise eine Rolle spielten. Aber sie waren blos Begleiterscheinungen. Die Ursache der Krise liegt viel tiefer. Durch die Verkündung des Belagerungszustandes, durch die Uebergabe der Macht an die Generale entstand eine Situation, die einer Koalitionsregierung nicht gut entsprach. Eine rechte Halbdiktatur, die sich in hohem Grade gegen sozialdemokratische Arbeiter und gegen die Sozialdemokratische Partei richtet, entspricht einer Regierung mit vier bis fünf sozialdemokratischen Ministern keineswegs. Indessen haben die Rechten augenblicklich doch etwas zu früh losgeschlagen, und sie ergreifen nicht ungern die Gelegenheit, um eine Zeitlang eine vorläufige Verkleisterung der Lage zuzulassen, wie das die Sozialdemokratie wünscht, die nicht den Mut findet, offen herauszusagen, „Was ist!" — weil sie nicht den Mut findet, die Konsequenzen einer solchen Lage zu ziehen. Militärdiktatur auf der einen Seite und eine Regierung mit Sozialdemokraten auf der anderen Seite — das ist nur ein kurzes Zwischenspiel und gut genug für eine bessere Vorbereitung der Rechten.

Diese verstehen es denn auch, diese Gelegenheit auszunützen. Herr Kahr verordnet weiter: Er hat die gesamte Presse, die Propaganda und die Verbreitung der Literatur der Kommunisten in Bayern verboten. Da jedoch die Kommunistische Partei in Bayern bisher auch nur illegal arbeiten konnte, so ändert diese Verordnung an dem bestehenden Zustand wenig. Das Verbot der kommunistischen Presse stellt allerdings erst die Einleitung der Vernichtung des Marxismus dar. Inzwischen wurden auch eine demokratische und eine sozialdemokratische Zeitung verboten und es besteht gar kein Zweifel, daß die „Münchener Post" trotz ihrer gemäßigten Sprache gleichfalls sehr bald zu den Opfern des Ausnahmezustandes gehören wird. Auch in dem übrigen Deutschland ist zur Zeit fast die gesamte kommunistische Presse verboten, und nun kommt die Reihe bereits an die demokratische Presse. So wurde zuletzt das in Berlin sehr verbreitete demokratische Mosseblatt, die „Volkszeitung", für 8 Tage verboten. Nach und nach wird es klar, wohin der Kurs geht. Nicht nur die Kommunisten, nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch jene Bürgerlichen, die seit der Revolution die sogenannte Demokratie mitgemacht haben — sie alle sollen samt und sonders die Reaktion zu spüren bekommen.

Es entsteht somit nach und nach eine breite Front, gegen die sich der Vernichtungskampf richtet. Diese Erkenntnis der drohenden großen Gefahr setzt sich nach und nach in eine Bereitschaft zum Abwehrkampf um; in erster Linie beim Proletariat, das sich in Sachsen und in Thüringen zu einer festen Kampffront zusammenschließt; aber auch im Norden. Der Bezirksparteitag der Sozialdemokraten Berlins hat in seiner Mehrheit klar zum Ausdruck gebracht, daß die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion unrichtig gehandelt hat. Sie hätte dem Kampfe nicht ausweichen dürfen. Von einem solchen Beschluß bis zum Kampfe liegt freilich noch ein Stückchen Weg, aber immerhin ist der Beschluß eine Etappe dazu. Er wird die Kampfbereitschaft der sozialdemokratischen Arbeiter fördern, die Propaganda unter diesen Arbeiter mächtig beflügeln.

Inzwischen schreitet die wirtschaftliche Zerrüttung immer weiter fort, die Arbeitslosigkeit verstärkt sich, die Arbeitenden werden mit Hungerlöhnen abgefunden. Die Expropriation des Mittelstandes macht rasende Fortschritte. Verschärft wird diese Lage durch die ständigen Drohungen des französischen Imperialismus.

Deutschland gleicht heute einem Vulkan, der jede Stunde zum Ausbruch kommen kann, bei dem jedoch die politische Einsicht, die Tatkraft und die Kampfbereitschaft der Massen darüber entscheidet, wer den Schaden dieser gewaltigen Eruption tragen wird.

Deutschland

Die Solidarität der englischen Arbeiter mit dem deutschen Proletariat.

** Die von der Kommunistischen Partei Großbritanniens eingeleitete Solidaritätsbewegung für das deutsche Proletariat hat in den letzten Tagen bereits breite Teile der englischen Arbeiterschaft erfaßt. So nahm das Gewerkschaftskartell von **Albertillery**, das 7000 organisierte Arbeiter vertritt, folgende Resolution an: „Das Gewerkschaftskartell stellt fest, daß die deutschen Arbeiter durch ihr Hungerelend zum Aufstand genötigt werden. Die britischen Truppen stehen bereit, um mit den deutschen Unternehmern zur Unterdrückung der deutschen Arbeiter zusammenzuwirken. Das Gewerkschaftskartell erklärt seine Solidarität mit sämtlichen deutschen Gewerkschaftern in dieser ernsten Stunde. Wir sind bereit, an einer Massenaktion teilzunehmen, wenn die Kräfte des internationalen Kapitalismus versuchen sollten, die deutschen Arbeiter bei ihrem Kampf ums Brot niederzuschlagen."

Das Gewerkschaftskartell von **Coventry** nahm einstimmig eine Resolution an, die den Generalrat der britischen Gewerkschaften auffordert, eine allgemeine britische Arbeiterkonferenz einzuberufen, die die notwendigen Beschlüsse zur Unterstützung der deutschen Arbeiter zu fassen hat. Mehrere Massenversammlungen in Coventry erklärten sich im gleichen Sinne.

Die Ortsgruppe der Arbeiterpartei in **Dartford** nahm eine Resolution an, die den deutschen Arbeitern bei ihrem Kampf um die Macht Erfolg wünscht.

In einer großen Arbeiterversammlung in **Edinburgh** wurde folgende Resolution angenommen: „Die Lage in Deutschland wird immer schlechter. Arbeitslosigkeit und Elend greifen um sich. Der Kampf der deutschen Arbeiter ist ein Teil des internationalen Kampfes der Arbeiterschaft. Sämtliche Arbeiter müssen sich zusammenschließen und verlangen: „1. Die Rückberufung der britischen Truppen aus dem besetzten Gebiet. 2. Hände weg von den deutschen Arbeitern!" Diese Massenversammlung der Edinburgher Arbeiter fordert den Gewerkschaftskongreß, die Arbeiterpartei und das Edinburgher Gewerkschaftskartell auf, eine Kampagne des gesamten Proletariats einzuleiten, um den Rückzug der britischen Truppen aus dem besetzten Gebiet in Deutschland zu erzwingen.

Mehrere lokale Organisationen der Bergarbeiter in **Süd-Wales** haben folgenden Beschluß gefaßt: „Angesichts der dringenden Notwendigkeit, daß die britischen Arbeiter mit ihren deutschen Genossen zusammenarbeiten, fordern wir den Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes von Süd-Wales auf, sofort eine Bergarbeiter-Konferenz einzuberufen, die zu erwägen hat, in welcher Weise wir unseren deutschen Genossen am besten zu Hilfe kommen können."

Für die Solidarität des deutschen und französischen Proletariats.

Von G. Monmousseau (Paris).

** Gemäß dem Appell, den das deutsche Proletariat an sämtliche Arbeiterorganisationen der Welt richtete, lud die CGTU. für den 28. September die CGT., die Kommunistische Partei, die Sozialistische Partei, die Anarchistische Union, die ARAC. und die Sozialistisch-Kommunistische Union ein. Es erschienen freilich nur die Kommunistische Partei und die ARAC., um mitzuarbeiten. Die Sozialistisch-kommunistische Union kam als Zuschauer, die übrigen proletarischen Organisationen gaben gar kein Lebenszeichen von sich. Das auf diese Art zustande gekommene Aktionskomitee hat die Situation ins Auge gefaßt und die notwendigen Beschlüsse getroffen. Es wird auf dem betretenen Weg weiter gehen.

Das Schweigen aller anderen Arbeiterorganisationen ist indessen schwer begreiflich. Und die Masse der Arbeiterschaft, die die Folgen einer Niederlage des deutschen Proletariats zu verspüren haben wird, dürfte es nicht verstehen. Täuschen wir uns denn vollkommen? Werden wir von Illusionen und von Träumen heimgesucht? Ist es etwa nicht wahr, daß die Truppen Poincarés seit dem 10. Januar im Ruhrgebiet sind, und daß die Lage des deutschen Proletariats sich von Tag zu Tag verschlechtert, so daß die Arbeiter an allen Straßenecken ihr Leben aufs Spiel setzen, um aus dem Elend herauszukommen? Ist es nicht wahr, daß die Regierung Poincaré eine Regierung der Provokation und des Mordes ist, und daß die Besetzung des Ruhrgebiets ein Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Arbeiterklasse bedeutet? Ist es nicht wahr, daß infolge der Kapitulation Stresemanns Deutschland vor der Revolution steht, und daß das deutsche Volk, wenn es nicht Hungers sterben will, im Bürgerkrieg einen Ausweg suchen muß? Ist es nicht wahr, daß die deutschen Faschisten in München ihr Operationszentrum haben und mit größter Schnelligkeit ihre Vorbereitungen vollenden?

Haben wir uns in all diesen Dingen getäuscht? Betrügen wir die Arbeiterklasse, wenn wir ihr sagen, daß der Friede nur durch die deutsche Revolution gesichert werden kann, die in der Lage wäre, den französischen Kapitalismus durch Beschlagnahme der Sachwerte zufriedenzustellen, damit er das Ruhrgebiet wieder räumt? Ist es nicht wahr, daß die Zerschmetterung der deutschen Revolution durch die Armeen Poincarés eine furchtbar ernste Lage schaffen würde? Wenn man das Schweigen der Sozialistischen Partei und der CGT. zu den Ereignissen in Deutschland erwägt, muß man sich fragen, wer sich etwas einredet, sie oder wir? Wenn wir uns an sämtliche Arbeiterorganisationen gewandt haben, so geschah dies mit dem Wunsch, dem Vormarsch der französischen Reaktion gegen das revolutionäre Deutschland einen unübersteigbaren Wall entgegenzusetzen. Wir haben an das französische Proletariat appelliert, weil sich die französische Reaktion bereits im Herzen des revolutionären Deutschlands eingenistet hat, weil sie seit 10 Monaten im Ruhrgebiet sitzt. Wenn wir versucht haben, die Einheitsfront der proletarischen Kräfte in Frankreich zu verwirklichen, so geschah dies, weil wir das deutsch-französische Proletariat vor dem schlimmsten Schicksal bewahren wollten.

Wir haben der französischen Arbeiterschaft die Lage auseinandergesetzt, wir haben ihr die Gefahr gezeigt, von der sie bedroht ist, und wir haben sie auf die Pflicht hingewiesen, die sie zu erfüllen hat. Wenn die französische Arbeiterschaft es zuläßt, daß die Revolution in Deutschland erwürgt wird, so wird sich danach die reaktionäre Welle gegen sie wenden. Jene Organisationen, die sich heute in Schweigen hüllen, und die ihre Richtungsstreitigkeiten und ihre Eitelkeit für wichtiger halten als die Interessen der Arbeiterklasse, können nicht ernstlich glauben, daß sie von dem Zusammenbruch verschont bleiben werden. Wir wissen, daß **sie** sich täuschen. Männer, wie D'Arragona, können sich persönlich retten, aber nur um den Preis, daß sie die gesamte Arbeiterklasse opfern!

Politik

Ein neuer Unterjochungsversuch gegen China.

Von S. Slepak.

Peking, Ende August.

** Am 10. August übergaben die Großmächte der chinesischen Regierung eine Note in bezug auf den „Banditen"-Ueberfall auf den Expreßzug der Tientsin-Pukouker Eisenbahn, der sich bekanntlich am 6. Mai d. J. ereignete.

Die Note besteht aus drei Teilen. Die Ueberschriften der einzelnen Teile lauten: „Verluste", „Sicherungen für die Zukunft" und „Sanktionen".

Der erste Abschnitt enthält verschiedene Schadensersatzforderungen für die „verunglückten" Ausländer, die übrigens niemand nach China gerufen hatte, und die ausschließlich zu dem Zwecke nach China kamen, um aus dem Blut und Fleisch des chinesischen Volkes ihren eigenen Wohlstand zu münzen.

Das diplomatische Corps fordert 20 000 mexikanische Dollars für den beim Ueberfall ermordeten Engländer, 500 mexikanische Dollars täglich für jeden Gefangenen für die ersten drei Tage ihrer Gefangenschaft und 100 mexikanische Dollars täglich für jeden Gefangenen während der Woche vom 9. bis 15. Mai usw. Außerdem soll die chinesische Regierung noch für das verlorene Gepäck, für die den Gefangenen geleistete ärztliche Hilfe, für den Freiheitsverlust der Ausländer, für „Qualen und Beleidigungen", für ständigen oder zeitweiligen Verlust der Arbeitsfähigkeit usw., Schadenersatz leisten. Man will mit einem Worte der chinesischen Regierung eine neue Schuldenschlinge um den Hals legen, die, wie die Welträuber hoffen, zur völligen Versklavung Chinas führen soll. Und darüber sind die Londoner, Pariser,

Newyorker und Tokioer Staatsmänner vollkommen klar. Sie müssen ja wissen, daß in Peking die Lehrer an verschiedenen Schulen seit längerer Zeit kein Gehalt bekommen, ebenso die Mitglieder der Polizei und Gendarmerie wie die Garnisontruppen, ferner die Beamten fast aller Ministerien. Sie wissen vorzüglich, daß jede Woche China der Finanzkrise näher bringt, daß in Peking jede Woche entweder eine Aktion der Polizei, der Gendarmerie oder des Militärs erwartet wird, über mögliche Demonstrationen von für den „Frieden" und die „Ordnung" Pekings minder gefährlichen Berufsständen ganz zu schweigen. Sie müssen es wissen, daß die Truppen in vielen Provinzen deshalb kein Gehalt bekommen, weil die Welträuber die China gehörenden Ueberschüsse der Salz-, Tabak, Wein- und Zolleinkünfte zurückhalten. Sie müssen auch wissen, daß all dies zu Aufständen, zum „Banditismus" führt, worüber sie sich so „edelmütig" empören. Sie wissen all dies vorzüglich und darum begrüßen sie mit Freude jede Gelegenheit, die es ihnen ermöglicht, China eine neue Schuld aufzubürden.

Der zweite Abschnitt, „Die Sicherungen für die Zukunft", enthält Perlen solch schamloser Erpressung, deren nur der Weltimperialismus fähig ist. „Wenn infolge einer Nachlässigkeit oder bewußter Unterlassung ernste Unruhen vorkommen oder die Verträge verletzt werden sollten, und nicht sofort Repressiv- oder Strafmaßnahmen unternommen werden, dann müssen die verantwortlichen Generalgouverneure, Gouverneure und die ihnen unterstellten lokalen Behörden ihres Amtes enthoben werden" usw. Diesen Paragraph unterzeichnete die chinesische Regierung selbst nach dem Boxeraufstand, der leider nicht stark genug war, um der Ausbeutung der Welträuber ein Ende zu setzen. Den der chinesischen Regierung im Jahre 1901 durch Bajonette aufgezwungenen Vertrag wollen sich jetzt die Weltimperialisten zunutze machen, um China vorzuschreiben, wer wegen der Unruhen zu entlassen sei. Was für einen Vertrag China verletzt haben soll, darüber weiß kein Mensch in China etwas.

Im Abschnitt über die Garantien gibt es einen Absatz über die „Maßnahmen zum Schutze der Eisenbahnen". Das diplomatische Corps beginnt darüber zu lamentieren, daß der gegenwärtige Schutz der Eisenbahnen schlecht sei, daß China darunter zu leiden habe, und daß daher „das diplomatische Corps der Meinung sei, es seien Reformen unerläßlich, und daß es verpflichtet sei (!), der chinesischen Regierung bei deren Verwirklichung Hilfe zu leisten und seine Mitarbeit (!) anzubieten". „Die Reformen, die das diplomatische Corps vor Augen hat, beziehen sich auf die Reorganisierung der Kräfte der besonderen chinesischen Polizei, die unter die Führung ausländischer Offiziere gestellt werden müsse". Was das bedeutet, ist vollkommen klar. Es ist jedem bekannt, daß die Welträuber bestrebt sind, vor allem die Kontrolle über die Eisenbahnen Chinas zu übernehmen, alles übrige ist dann viel leichter zu erreichen.

Dem Weltimperialismus ist es bereits gelungen, die Kontrolle über viele Eisenbahnlinien Chinas auszuüben, hauptsächlich machte darin der englische Imperialismus große Fortschritte.

Der letzte Abschnitt über die „Sanktionen" ist nicht minder heuchlerisch und enthält nicht weniger Erpressungen als die ersten beiden Abschnitte. Das diplomatische Corps „schlägt der chinesischen Regierung vor", den Gouverneur der Schantunger Provinz und drei andere weniger wichtige Persönlichkeiten als die angeblich Hauptschuldigen an dem Ueberfall zu entlassen. Das diplomatische Corps hat nur vergessen, sich selbst als den Hauptschuldigen, nicht nur an den Ereignissen von Lien-Tschen, sondern auch an allem Unheil, das dem versklavten chinesischen Volk zugefügt worden ist, zu erwähnen, und schließt die Note mit folgenden Worten: „Sollte die chinesische Regierung fortfahren, solche Mißstände zu sanktionieren oder zu dulden, und sollte sie nicht mit den allerschärfsten Mitteln den Banditismus unterdrücken, der die Rechte und Interessen der Ausländer in China bedroht, dann würde das diplomatische Corps zu erwägen gezwungen sein, welche weiteren Maßnahmen zu ergreifen seien, um das Leben, das Eigentum, das Recht und die Interessen der Ausländer im Lande zu schützen".

Es erübrigt sich, hier einen Kommentar hinzuzufügen. Es muß nur erwähnt werden, daß, während nur Bürger einiger Mächte durch den Ueberfall betroffen wurden, die Note von dem gesamten diplomatischen Corps, also den Vertretern von 16 Staaten, unterzeichnet war. Hierzu mußten alle einander widersprechenden Interessen der Großmächte in China in Einklang gebracht werden. Japan hatte gar keine Absicht, mit den übrigen Mächten gegen China aufzutreten; es spielt in der letzten Zeit sein eigenes Spiel in China und will als dessen „Freund" gelten; daher nimmt die japanische Presse oft Stellung gegen die ausländische Kontrolle über China. Amerika spielt schon lange dieses Spiel. Aber dennoch, wenn es sich um gemeinsame Interessen aller Welträuber, um die Ausbeutung des chinesischen Volkes und um seine endgültige Unterjochung handelt, werden sich die Welträuber immer einig.

Die Note hatte den positiven Erfolg, daß sie der chinesischen öffentlichen Meinung wieder Anlaß gab, ihrer Empörung und ihrem Hasse gegen die internationalen Räuber Ausdruck zu geben. Die ganze Presse verurteilt diese Note einstimmig, und das ganze Land stimmt mit der Presse überein.

Wirtschaft

Die deutschen Geschäfte des Herrn Baldwin.

Von J. T. Walton Newbold (London).

** Aus dem Stillschweigen Baldwins über seine Besprechungen mit Poincaré hat die Presse bereits den Schluß gezogen, daß eine Verständigung in dem Sinne zustande gekommen ist, daß England sich an der Ausbeutung des Ruhrgebiets durch Frankreich und Belgien beteiligt. Das ist durchaus nicht unwahrscheinlich, wenn wir die besonderen Interessen des Herrn **Stanley Baldwin,** Ministerpräsident von Großbritannien, betrachten. Baldwin ist der Sohn des großen Stahlindustriellen Alfred Baldwin. Bevor er Minister wurde, war Baldwin Direktor der Firma Baldwins Ltd., sowie der Great Western Railway Comp. und der Lloyds-Bank. Gegenwärtig besitzt Herr Baldwin 191 558 Aktien zu je 1 Pfund Sterling von der Gesellschaft Baldwins Ltd. In der „City" erzählt man sich, daß nicht nur die Bank von England — durch Vermittlung der Anglo-österreichischen Bank — an Stinnes Kredite gewährt, sondern auch Lloyds-Bank. Zwei Direktoren der Firma Baldwins, nämlich **F. S. Baldwin,** ein Vetter des Ministerpräsidenten, und Sir **Robert Horne,** sind zugleich Direktoren von Lloyds-Bank. Lloyds-Bank so gut wie andere Londoner Banken hoffen, daß sie zur Sicherung ihrer Schuldforderung an deutsche Firmen Aktien von Stinnes, Krupp und anderen deutschen Industriekonzernen erhalten werden. Diese Aktien wird die englische Regierung durch Vermittlung der Reparationskommission von der deutschen Regierung erhalten, und dann werden sie in den Besitz der Baldwins, Colvilles, Vickers und anderer britischer Stahlindustriellen übergehen. Lloyds Bank hat auch einen starken Einfluß in Paris und ist mächtig genug, um eine Lösung des Ruhrproblems durch Verständigung mit den französischen kapitalistischen Interessen zu erzielen, d. h. die Bildung eines französisch-englisch-deutschen Syndikats, um die billige deutsche Arbeitskraft auszunutzen.

Arbeiterbewegung

Die Spaltung der rumänischen Gewerkschaftsbewegung durch die Amsterdamer.

** (RGI.) Seit der Niederringung der revolutionären Arbeiterbewegung im Jahre 1920 blutet die rumänische Arbeiterschaft unter dem Weißen Terror, unter den Skorpionen des Boyarentums und des Unternehmertums aus tausend Wunden. Die Führung der Bewegung ist dank der Reaktion in die Hände der Amsterdamer übergegangen. Aber in den Ortsorganisationen und in den Arbeitermassen regt sich seit einiger Zeit der revolutionäre Geist immer lebendiger. Die im Laufe dieses Jahres abgehaltenen Verbandstage haben gezeigt, daß die Amsterdamer in einem bedeutenden Teil der Gewerkschaften schon beiseite geschoben worden sind. Nach und nach verlieren sie ihren Einfluß in verschiedenen Verbänden, deren Vorstände auch zum Teil mit klassenbewußten Arbeitern besetzt wurden. Die fortschreitende Revolutionierung der Gewerkschaften veranlaßten nun die Amsterdamer Führerschaft, **zur Spaltung der Organisationen überzugehen.**

Für den 26. bis 28. August berief der Gewerkschaftsrat, in dem die Amsterdamer in der Mehrheit sind, den Gewerkschaftskongreß mit dem einzigen Tagesordnungspunkt ein: Anschluß an Amsterdam. Die klassenbewußten Arbeiter waren sich darüber im klaren, daß der Gewerkschaftsrat damit nur auf die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung abzielt. Viele Ortsverwaltungen, insbesondere diejenigen in Transylvanien und in Benat, die ungefähr 80 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter umfassen, protestierten daher gegen die Behandlung dieser Frage und beantragten dafür die Besprechung wichtiger organisatorischer und taktischer Fragen der Bewegung. In Resolutionen sprachen sie sich aus für die Aufrechterhaltung der Einheit der Gewerkschaften unter allen Umständen.

Obwohl die Delegiertenwahlen zum Gewerkschaftskongreß eine überwältigende Mehrheit für die Absetzung der Frage des

Anschlusses an Amsterdam von der Tagesordnung ergaben, blieb der Gewerkschaftsrat dennoch in seinem Vorhaben fest. Zunächst verschob er den Kongreß bis auf den 15. September, und zwar mit der Begründung, daß die Regierung für die Kongreßdelegierten noch keine freie Eisenbahnkarten genehmigt und auch die Polizei die Abhaltung des Kongresses noch nicht erlaubt hätte. Dann wurde ein Sekretär der Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, und zwar der sattsam bekannte deutsche Gewerkschaftsbonze Johann Sassenbach, zu Hilfe geholt. Dieser traf schon eine Woche vor dem Kongreß in Rumänien ein, um die Regie persönlich zu übernehmen. Er hielt mit seinen Leuten einen Instruktionskursus ab, gab Interviews an bürgerliche Journalisten und war auch sonst „staatsmännisch" tätig. Die gesamte bürgerliche Presse befaßte sich mit dem bevorstehenden Gewerkschaftskongreß, schilderte begeistert die Rolle der Amsterdamer Internationale und ihrer Führerschaft und — kündigte die Spaltung der Gewerkschaften an.

Der Kongreß nahm am 15. September seinen Anfang. Anwesend waren 270 Delegierte, die 292 Mandate von 52 112 Mitgliedern innehatten. Der Gewerkschaftsrat besetzte eigenmächtig das Büro des Kongresses und seine Kommissionen. Ein Protest der Mehrheit des Kongresses wurde einfach nicht beachtet. Die Mandatsprüfungskommission schlug die Ungültigkeitserklärung von 50 Mandaten vor, die ungefähr 10 000 Mitglieder vertraten und zur Opposition gegen den Anschluß an Amsterdam gehörten. Daraufhin nahm die Mehrheit des Kongresses den Antrag der Opposition an, daß jedes ungültig erklärte Mandat vom Kongreß selbst überprüft werden soll. Das Präsidium verhinderte aber willkürlich die Durchführung dieses Bechlusses, indem es erklärte, daß es „infolge seiner diktatorischen Macht die Diskussion einstellt". Der Anschluß an Amsterdam werde „mit allen Mitteln durchgesetzt". Danach wurden von der Mandatprüfungskommission noch weitere Mandate ungültig erklärt.

Die ersten zwei Tage des Kongresses verliefen mit fruchtlosen Geschäftsordnungsdebatten, wobei die zahlreich anwesende Polizei das Präsidium aktiv unterstützte. Diese Debatten dienten eigentlich nur dazu, die Gegner des Anschlusses an Amsterdam auszukundschaften. Als dieses erreicht war, wurde der Eintritt in die eigentliche Tagesordnung für den dritten Tag festgesetzt. Der Vorsitzende erklärte, daß zur Sitzung am nächsten Tage **„nur jene zu erscheinen haben, die für den Anschluß sind"**. Diese ganz merkwürdige Anwendung der „Demokratie" und des Selbstbestimmungsrechtes der Mitgliedschaft wurde sofort vom anwesenden **Polizeipräfekten Popovici** aktiv unterstützt, der erklärte: „Laut Verfügung des Herrn Vorsitzenden wird morgen der Anschluß an die Amsterdamer Internationale behandelt. Diejenigen, die für den Anschluß sind, können morgen wieder erscheinen, diejenigen aber, die dagegen sind, **haben mit dem nächsten Zuge die Stadt zu verlassen.**" In der Tat wurden die oppositionellen Delegierten am selben Abend verhaftet oder aus der Stadt ausgewiesen; daß die Polizei sich dabei der vom Gewerkschaftsrat zusammengestellten Liste bediente, unterliegt keinem Zweifel. Dann, am nächsten Tage, wurde der Anschluß an Amsterdam, wie die Amsterdamer Berichte triumphierend hervorheben, „einstimmig" beschlossen.

Sollte jemand über die Genauigkeit des vorliegenden Berichtes Zweifel hegen, so braucht er nur einen Blick in den Bericht des Pressebulletin des IGB. zu werfen (der zum Teil im „Vorwärts" vom 3. Oktober, Abendausgabe nachgedruckt worden ist). Es heißt in diesem Bericht: „Die Zusammensetzung des Kongresses war für eine ruhige Verhandlung **nicht günstig**. Nicht allein die Zentralverbände, sondern auch die einzelnen Zahlstellen und die einem Verbande nicht angeschlossenen Gewerkschaften, wie ebenfalls die Gewerkschaftskartelle, hatten das Recht, Delegierte zu entsenden. Daher viele Delegierte, die nur einige wenige Mitglieder vertraten, darunter Rechtsanwälte und andere sogenannte Intellektuelle. Diese gehörten überwiegend zu den **Kommunisten** und machten sich am meisten bemerkbar." Nachdem der Amsterdamer Bericht weiter festistellt, daß ungefähr 60 Mandate ungültig erklärt worden sind und die Kongreßmehrheit dagegen protestiert hat, und daß der Vorsitzende daraufhin alle Gegner des Anschlusses an Amsterdam von der nächsten Sitzung für ausgeschlossen erklärte, sucht der Bericht dieses Vorgehen auf folgende charakteristische Weise zu rechtfertigen:

> „Dieses Vorgehen kann auf den ersten Blick **brutal und undemokratisch** erscheinen und würde auch **unter normalen Verhältnissen so genannt** werden müssen. (Dieser Satz fehlt im „Vorwärts"-Bericht! RGI.) Man war aber allgemein der Auffassung, daß in dieser Weise gehandelt werden müsse, um zu einem wirklich gewerkschaftlichen Arbeiten zu kommen, vor allem, da man Kenntnis von geheimen Instruktionen erhalten hatte, die den Kommunisten befahlen, **in jedem Falle — die Abstimmung möge ausfallen wie sie wolle — in den Gewerkschaften zu bleiben** und ihre zerstörende Tätigkeit fortzusetzen."

Die Dinge spotten jeder Kritik. So etwas scheint auf den ersten Blick nur auf dem Balkan — in den Ländern der „uneingeschränkten Möglichkeiten" — möglich. In Wirklichkeit kommt dabei nur die typische Amsterdamer Politik kraß zum Ausdruck; freilich in ihrer brutalsten Form, da man annimmt, daß man sich auf dem Balkan nicht zu genieren braucht. Die Arbeiter aller Länder müssen aber erkennen, wie sich die Amsterdamer gegen die Einheit der Arbeiterbewegung, gegen die Arbeiterinteressen betätigen.

Jugendbewegung

Der Tag der Hunderttausende in Rußland.

Von Otto Unger.

** Das russische Wort: „Smütschka"*) hat, seit es Genosse Lenin zu seiner berühmten Losung: „Smütschka zwischen Arbeitern und Bauern, Smütschka zwischen Stadt und Land" gebrauchte, in den Reihen der russischen Kommunisten einen tiefen und guten Klang. Diese Losung, von deren rechter Verwirklichung ein großer Teil des Sieges der russischen Revolution abhängig ist, ist denn auch ein hervorragender Teil der tagtäglichen Arbeit jedes bewußten Kommunisten. „Smütschka", so heißt eine besondere Zeitung, die jetzt während der großen landwirtschaftlichen Ausstellung in Moskau herausgegeben wird. Ueber die Smütschka spricht man in jeder Betriebszelle und sucht sie zu verwirklichen, indem man in jedem Betrieb das Protektorat über eine Dorfzelle übernimmt, um den Bauern nach Kräften und Können in jeder Beziehung zu helfen. Von der Smütschka spricht mit tiefer Bewegung der Bauer, der aus den tiefsten Winkeln Rußlands zum ersten Male nach Moskau kommt, um dort die landwirtschaftliche Ausstellung zu besuchen. Hier, wo er, der für seine mühselige Landarbeit nur den primitiven hölzernen Pflug kennt, zum ersten Male die gewaltigen Traktoren, die Dampf- und elektrischen Pflüge sieht, die ihm helfen werden, aus der zugleich qualvollen und segensreichen Erde mit Leichtigkeit unermeßliche Erträge zu gewinnen, erkennt er plötzlich die tiefe Bedeutung jenes kleinen unscheinbaren Wortes, das, wenn man es ausspricht, fast wie eine Liebkosung klingt. Und während er verwundert und naiv zu der staunenden Erkenntnis kommt, daß man diese Ungetüme eigentlich nur in jenen grenzenlosen Ebenen seiner Heimat richtig verwenden kann, während er auf seine ungläubigen Fragen immer und immer wieder die Antwort erhält, daß die Dinge tatsächlich für ihn geschaffen sind, wächst in ihm ein grenzenloses Gefühl der Verbrüderung zu seinem Bruder Arbeiter, der soviel für ihn mit gehungert und gekämpft hat und nun für ihn so kostbare Geräte baut. Das ist der tiefe Sinn der „Smütschka", der, anfangs von wenigen ganz erkannt, heute Tag um Tag sicherer den Grund für das gewaltige Werk des Kommunismus in Rußland legt.

*

Drei Kennzeichen gaben dem Internationalen Jugendtag der KJI. im Bereich der SSSR. das Gepräge: Die Schaffung der Smütschka mit der Arbeiterjugend des Westens, die Schaffung der Smütschka mit der Arbeiter- und Bauernjugend im Bereich der SSSR. und die herangewitternde proletarische Revolution in Deutschland. Die werdende proletarische Revolution in Deutschland — seit Wochen spüren wir ihre Stöße herüber zittern, seit Wochen beobachtet das kampfgewohnte russische Proletariat und seine begeisterte hingebungsvolle Jugend, wie sich sein Bruder in Deutschland schwerfällig und mühsam aufrichtet und nach all den schweren Schlägen der letzten Jahre daran geht, seine ganze Kraft zu sammeln, um den Feind niederzuschlagen. Und mit verhaltenem Atem achtet die russische Arbeiterklasse und besonders die russische proletarische Jugend auf jede seiner Bewegungen. Unter diesen Umständen wurde der Jugendtag in Rußland zur begeisterten Kundgebung für den Kampf und den Sieg der Proletarier in Deutschland. Begeisterte Grüße donnerten aus den Reihen der am 2. September aufmarschierenden Arbeiter- und Bauernjugend hinüber, wo sich mit dem Kampf der Proletarier Deutschlands zugleich der Kampf des internationalen Proletariats vorbereitet und entscheidet. Und jeder Einzelne in diesen riesenhaften Demonstrationen (in Moskau allein waren es an die 250 000 — zweihundertfünfzigtausend) marschierte mit dem unerschütterlichen Gelöbnis: **Mein Leben gehört der proletarischen Revolution, die jetzt in Deutschland ihre entscheidenden Schlachten schlagen wird.**

In diesem Zusammenhang hatte die vom Zentralkomitee des KJVR. herausgegebene Losung: „Smütschka mit der Arbeiterjugend in den kapitalistischen Staaten" große Bedeutung. Wochenlang war von den Gruppen und Zellen in den Betrieben,

*) Smütschka — soviel wie Zusammenschluß, Verbindung.

in den Städten und Dörfern eine riesenhafte Aufklärungsarbeit über die Lage und den Kampf der proletarischen Jugend in den kapitalistischen Ländern geleistet worden. Lichtbildervorträge über die ökonomische Lage der Arbeiterjugend in diesen Ländern, Referate über die kommunistischen Jugendverbände und die Kommunistische Jugend-Internationale und ihre bürgerlichen und sozialistischen Gegner, Lichtbildervorträge über den Faschismus, über die Lage an der Ruhr usw. gaben der proletarischen und bäuerlichen Jugend Rußlands ein umfassendes Bild über das Leben und den Kampf der kommunistischen Jugendverbände des Westens. Da und dort setzten sich die Mitglieder der Betriebszellen zusammen, entwarfen die Pläne für eine Fahne, die sie irgend einer Betriebszelle des Westens schenken wollen. Eine ganze Anzahl solcher Fahnen wurde von Vertretern des EK. der KJI. schon entgegengenommen bzw. befinden sich auf dem Wege zu uns. Hunderte von Begrüßungsresolutionen an die westliche Jugend wurden in den Zellenversammlungen beschlossen und an uns abgesandt. In jeder klingt das Gelöbnis der Verbrüderung, jede enthält den Schwur zur Kampfbereitschaft. Und junge Kommunisten pflegen ihren Schwur mit ihrem Leben zu erfüllen! Die Sammlungen für den Karl-Liebknecht-Fonds zur Unterstützung des Kampfes und der Arbeit der KJV. ergaben beträchtliche Summen, deren Abrechnung bisher noch nicht abgeschlossen werden konnte.

Das stolzeste Beispiel der Verbrüderung mit der kommunistischen Jugend des Westens gab die Betriebszelle der Eisenbahnwerkstätten der alten Messestadt Nischni-Nowgorod. In wochenlanger zäher Arbeit reparierte sie eine Lokomotive und zehn Güterwagen, stellte daraus einen Güterzug zusammen und übergab ihn der KJI. Der Zug trägt den Namen der KJI. Dieses stolze Beispiel zugleich der unermüdlichen Aufbauarbeit für den proletarischen Staat und der Verbrüderung mit dem internationalen Jungproletariat ist das Symbol des Jugendtages in Rußland. Und wie die Fäuste, die Energie und Begeisterung junger russischer Arbeiter der alten verbrauchten Lokomotive neue Kraft und neue Lebensfähigkeit einflößten, daß sie wieder vorwärts braust und dem Arbeiter- und Bauernstaat dient, so wird die KJI. alle ihre jungen Kräfte, ihre ganze Hingabe und ihre leidenschaftliche Begeisterung in den Dienst der proletarischen Revolution stellen, deren Feuer jetzt im Westen neu aufflammt.

Die Millionen junger Arbeiter und Bauern, die am 9. Internationalen Jugendtag in Rußland aufmarschierten, mobilisierten sich als die Reserven dieser Revolution, das war zugleich der tiefe Sinn der Losung Smütschka mit der Arbeiterjugend des Westens.

Faschismus

Der Kampf der Deutschen Republik gegen die faschistische Gefahr.

Von Karl Radek.

Aus der Moskauer „Prawda" Nr. 221 vom 30. Sept. 1923.

(Der Presse bereits im Sonderdruck zugestellt.)

** Das, was jetzt in Deutschland vor sich geht, versteht ein ausländischer Leser sehr schwer. In Bayern ist ein faschistischer Umsturz im Gange, an dessen Spitze der bekannte bayerische Faschistenführer, Herr Kahr, steht. Herr Kahr hat nie geleugnet, daß er ein Feind der demokratischen Republik, ein Feind ihrer Außenpolitik ist. Als die Berliner Regierung Kahrs Ernennung zum Diktator erfuhr, erklärte sie vor aller Welt Ohren: Sehr gut, völlig einverstanden! Es wäre ja schlechter gewesen, wenn Herr Ludendorff oder Herr Hitler zum Diktator ernannt worden wären. Und in ihrer Freude verhängt die deutsche Regierung den Belagerungszustand über das ganze Reich, wie es vorher Herr Kahr über Bayern getan hat. Die Exekutivgewalt wird durch Herrn Ebert dem Reichswehrminister Geßler übertragen. Herr Geßler ist zwar Kriegsminister, aber ein sehr friedliebender Mensch. Als Kriegsminister erlaubte er den Reichswehroffizieren alles, was ihnen beliebte, selbst die Konspirationen mit faschistischen Organisationen gegen die Regierung. In Wirklichkeit ist Herr Geßler nur ein Feigenblatt für den General Seeckt. General Seeckt, der ehemalige Stabschef des Generals Mackensen, ist als einer der gescheitesten, kühl überlegenden deutschen Generale bekannt. Er hat sich jemals weder als ein Demokrat, noch als ein Feind der Monarchie ausgegeben, aber man hält ihn für einen Feind Ludendorffs. In dieser Weise wird gegen die Ludendorffsche Faschistengefahr in Bayern der Faschist Kahr, weil er separatistisch gesinnt ist und im Reichsmaßstabe der General Seeckt, weil er ein kühl rechnender Mensch und ein Gegner Ludendorffs ist, ausgespielt.

Manche denken, die Regierung Stresemann fahre dem Faschismus mit gebremsten Rädern entgegen. Es gibt auch Leute, die der Meinung sind, daß Herr Stresemann, der sich nicht auf Gnade und Ungnade dem französischen Imperialismus ergeben will, sich Sozialdemokratie die Kapitulation vor Frankreich unter [illegible] baren Bedingungen von ihm selbst fordern wird, dann wird Herr Stresemann — nach der Meinung mancher Kreise — mit der Sozialdemokratie brechen und den Faschisten die Macht übergeben. Wir zweifeln aber daran, ob hier ein solcher Plan im Spiele ist. In Wirklichkeit macht die deutsche Regierung nichts, was sie nicht machen kann, und daher macht sie das, was sie zu machen gezwungen ist. In Bayern geht der Kampf der separatistischen Faschisten, die sich auf die Großbauern stützen, mit den Faschisten vom Reichstypus vor sich, deren Stütze die Jugend, der deklassierte Kleinbürger und das Offizierstum bildet.

Die Separatisten fürchten, daß Ludendorff, wenn er zur Macht gelangt, seine Truppen nach Norden gegen Sachsen führen wird, und im Thüringer Walde zugrunde geht, wonach die nordbayrischen Arbeiter mit Hilfe des mitteldeutschen Proletariats die Macht in Bayern ergreifen werden. Die bayerischen Separatisten ergreifen darum die Macht, um Ludendorff zuvorzukommen. Wenn die Zeit zu einem Feldzug gegen den Norden kommen wird, dann werden sie es schon schaffen. Und wir sehen, wie sie schon heute Ludendorff und Hitler erlauben, trotz des Belagerungszustandes einen „Deutschen Tag" in Bayreuth abzuhalten. Aber die „demokratische" Regierung in Berlin denkt gar nicht an das Uebel des morgigen Tages, sondern nur an das Uebel von heute und dankt Gott, daß Ludendorff, der bei den Faschisten ganz Deutschlands einen Widerhall finden würde, noch nicht in Aktion getreten ist. Was wird morgen kommen? Ja, morgen wird Herr Kahr, wenn sich die Zeit für Verhandlungen mit Frankreich nähert, vielleicht selbständige Verhandlungen mit Poincaré führen wollen, um für die Abspaltung von Deutschland bessere Bedingungen zu erhandeln. Aber dann wird vielleicht wieder General Ludendorff der Retter sein, der keine Abspaltung Bayerns vom Reich wünscht, wenigstens solange in Norddeutschland keine Arbeiterrevolution zur Macht gelangt, was ihm ermöglichen würde, die Kapitulation vor Frankreich mit der Notwendigkeit des Kampfes gegen die „Anarchie" im Norden zu begründen. Indem vorläufig Mitglieder der deutschen Reichsregierung dem Herrn Kahr in Bayern mit der Miene Zugeständnisse machen, als ob sie nicht wüßten, was das bedeutet, haben sie vor allem Angst davor, daß die Freunde Ludendorffs im Norden — die Generale Mackensen, Gallwitz, die Herren Wulle, Henning und Graefe — einen Aufstand im Norden anzetteln können. Sie fürchten sich, daß die sächsischen Arbeiter, die sehr gut wissen, worum es sich handelt, sagen könnten: wenn eine weiße Diktatur im Süden möglich ist, dann muß auch eine rote Diktatur in Mitteldeutschland möglich sein. Darum hat sich die Regierung zur Verhängung des Ausnahmezustandes entschlossen. Wer soll aber zum Ausführenden des Ausnahmezustandes ernannt werden, wenn nicht der Kriegsminister? Der Kriegsminister ist Herr Geßler, und gegen Geßler sind neun Zehntel der Sozialdemokraten. Erst vor einigen Tagen hat die Berliner Organisation der SPD. wieder die Forderung des Rücktrittes Geßlers erhoben, da sie ihn für einen Mitarbeiter der Faschisten hält. Zu derselben Zeit dachte Herr Ebert daran, Geßler zu beseitigen und an seine Stelle Noske zu setzen. Aber Noske ist bei dem linken Flügel der Sozialdemokratie nicht weniger verhaßt, und auch die Faschisten hätten sich dagegen aufgelehnt. Daher ist Geßler, d. h. der General Seeckt, geblieben. Die Regierung rechnet darauf, daß sowohl die schlechten Beziehungen zwischen Seeckt und Ludendorff, wie auch die große Vernunft Seeckts diesen von einem Abenteuer zurückhalten wird. Gegen die Arbeiter wird General Seeckt ganz sicher gut kämpfen. Und vielleicht auch gegen die Faschisten, wenn sie zu frühzeitig losschlagen und keine Hoffnung auf Erfolg haben werden. Das bedeutet: die Hauptsache ist, Zeit zu gewinnen, und um das übrige braucht man sich nicht zu kümmern. In dieser Weise entstand die widerspruchsvolle Lage der Stresemann-Regierung, die sich gegen die Faschisten auf Faschisten stützt. Sie spiegelt den Mangel an eigenen Kräften der demokratischen Regierung und den Versuch wider, einen Teil gegen den anderen auszuspielen, um vorläufig entscheidenden Kämpfen aus dem Wege zu gehen.

Aus dem faschistischen Italien

Zur Krise im italienischen Faschismus.

Von A. R.

** Mussolini hat verboten, daß in der faschistischen Partei über die Krise weiter diskutiert wird. Aber die Nummer der faschistischen Wochenschrift „La Critica Fascista", die

am 1. Oktober herauskam, wurde gedruckt, ehe das Verbot erging. Sie enthält daher zwei Artikel, die den Standpunkt des rechten Flügels der Faschisten wiedergeben, also jener Gruppe, die die Entwicklung des Faschismus zu einer normalen politischen Partei im Interesse des Großkapitals anstrebt. Der eine Artikel stammt von einem intimen Freund Mussolinis, Bettai. Er stellt fest: Der Faschismus muß seine Rüstung ablegen, die in der Zeit des Kampfes nützlich und gut war, aber gegenwärtig, wo nur politische Aktionen in Frage kommen, höchst ungeeignet ist. Die Macht des Staats muß die Macht der Partei übertreffen. Die Männer, die daran interessiert sind, den jetzigen Stand der Dinge aufrechtzuerhalten und eine Veränderung ablehnen, müssen beseitigt werden. Der zweite Artikel ist von dem bekannten Massimo Rocca, den die Zentrale der faschistischen Partei ausgeschlossen hatte, wodurch die Krise zum offenen Ausbruch kam. Rocca erinnert an die Lage in Frankreich nach dem Sturz von Robespierre und vor der Machtübernahme durch Napoleon. Er zitiert einen Historiker, der über diese Uebergangszeit schrieb: „Frankreich war nicht mehr revolutionär, wurde aber immer noch revolutioniert". Rocca erklärt, daß dasselbe jetzt in Italien der Fall ist. Das Land befinde sich wirtschaftlich in bester Entwicklung, aber es werde durch die unruhigen Elemente des Faschismus immer noch „revolutioniert". Diese Elemente müssen ausgeschaltet werden, wenn nicht eine stark antifaschistische öffentliche Meinung entstehen soll.

Die jetzt zurückgetretene Zentrale der faschistischen Partei bestand aus den jüngeren und leidenschaftlicheren, aber auch besonders aktiven Elementen. Der römische Korrespondent der „Times" stellt fest, daß Mussolini selbst viel „gemäßigter" sei und daß er dadurch über kurz oder lang in den Konflikt mit der extremen Richtung kommen mußte. Mussolini will aus dem Faschismus eine nationale italienische Partei machen, während die radikalen jüngeren Führer den Faschismus als herrschende Klasse aufrecht erhalten wollen. Diese beiden Auffassungen mußten aufeinanderstoßen.

Als die Zentrale, in der der radikale Flügel vorherrschte, Rocca wegen seiner Ansichten ausschloß, erzwang Mussolini den Rücktritt der Zentrale. Die ganze Frage wird am 12. Oktober in der Sitzung des großen faschistischen Rats entschieden werden. Der „Times"-Korrespondent hebt hervor: „Die Krise ist sehr ernst und für Mussolini wird viel auf dem Spiel stehen, wenn er am 12. Oktober zu dem großen faschistischen Rat spricht. Seine Kritiker stellen den Kampf als einen Gegensatz zwischen Faschismus und Mussolinismus dar. Mussolini wird sicher siegen, aber seine Gegner sind der politisch aktivste Teil der Partei und es wird immerhin viel bedeuten, wenn Mussolini sich diese Richtung entfremdet."

Die Bemerkungen des englischen bürgerlichen Journalisten sind durchaus zutreffend. Mussolini hat, seit er die Regierung ausübt, die Hoffnungen der kleinbürgerlichen Massen seiner Anhänger enttäuscht. So entstand gegen ihn eine Opposition, die gerade aus den besten faschistischen Stoßtrupps kam. Mussolini will nun diese in ihrer Art revolutionären Elemente des Faschismus ausschalten, um den Faschismus in eine gewöhnliche reaktionäre politische Partei im Interesse des Großkapitals umzuwandeln. Wenn auch Mussolini zunächst im Rahmen des Parteiapparats siegen sollte, so zerbricht er mit diesem Sieg die beste Kraft des Faschismus, wodurch für die italienische Arbeiterschaft sehr günstige Kampfbedingungen entstehen müssen.

Weisser Schrecken

Der Notschrei des bulgarischen Volkes!

An die zivilisierten Völker!

** Der Volksaufstand in Bulgarien wurde mit Hilfe von Artillerie, Maschinengewehren und Wrangeltruppen niedergeschlagen, die Regierung Zankow rächt sich an der friedlichen und entwaffneten Bevölkerung.

Verwundete, Verhaftete und Gefangene werden ermordet, die Familien der Aufständischen niedergemetzelt, ganze Dörfer niedergebrannt. Die Grausamkeiten der blutgierigen Regierungsbanden spotten jeder Beschreibung. Tod und Verwüstung herrschen über das unglückliche Land.

Wir Unterzeichnete, bulgarische Abgeordnete, **erheben vor dem Gewissen der zivilisierten Völker im Namen des bulgarischen Arbeiter- und Landvolkes die Stimme des Protestes gegen diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit und rufen nach einer raschen Intervention zur Verteidigung der Tausende von Opfern gegen ihre Henker.**

Abgeordnete des Bauernbundes: Karadjow, Panagürichte, Garew, Pasardjik, Dr. Kossowski, Vidine, Donew, Russe, Stanijew, Berkowitza, Iwanow, Godetsch.

Kommunistische Abgeordnete: W. Kolarow, Pasardjik, G. Dimitrow, Sofia, Toschew, Berkowitza.

Der weiße Terror gegen das griechische Proletariat.

** Der griechische Gewerkschaftsbund hat am 13. September einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder erlassen, in dem es u. a. heißt: „Schon seit Jahren herrschen Terror und Ausnahmezustand auf dem Balkan, und Griechenland hat davon keine Ausnahme gemacht. Jede bürgerliche Partei, die ans Ruder kam, hielt sich für verpflichtet, die arbeiterfeindliche Politik ihrer Vorgänger fortzusetzen. Aber trotz aller Verfolgungen hat das griechische Proletariat, das verhältnismäßig zahlreicher ist als die Arbeiterschaft in den anderen Balkanländern, seine Organisationen ausgebaut und, so gut es ging, die Angriffe der Bourgeoisie abgewehrt. 1918 schuf das griechische Proletariat seinen einheitlichen Gewerkschaftsbund, 1919 empfing der Gewerkschaftsbund seine Feuertaufe in einem 48stündigen Generalstreik, der zum Teil erfolgreich endigte. 1921 kam es zu großen Streiks der Seeleute, Eisenbahner und Elektrizitätsarbeiter, die von der Regierung rücksichtslos unterdrückt wurden. 500 Eisenbahner wurden nach Kleinasien in das Kampfgebiet verschickt, 20 Elektrizitätsarbeiter erhielten Gefängnisstrafen von 5 bis 8 Jahren. Trotzdem war der moralische Sieg auf seiten der Arbeiterschaft.

Seit September 1922 wird Griechenland von einer sogenannten revolutionären Regierung beherrscht, die nach dem Zusammenbruch in Kleinasien ans Ruder kam. Es ist dies eine Militär-Clique, die zur Macht kam, um die Bourgeoisie vor der Anarchie zu retten. Die neue Regierung unterstützte sofort die Industriellen bei ihrem Angriff gegen die Löhne der Arbeiterschaft. Infolge der militärischen Niederlagen hatte das griechische Papiergeld eine starke Entwertung erlitten. Der Reallohn der Arbeiterschaft sank ständig, es kam zu vielen Streiks, aber die Lohnzulagen, die man den Arbeitern bewilligte, entsprachen nicht entfernt der Teuerung. Daraufhin forderten die Gewerkschaften, daß die Löhne auf der Goldbasis stabilisiert werden sollten. Die sogenannte revolutionäre Regierung, deren Wirtschaftsminister der Industrielle Hadji Kiriakos ist, tat alles, um das Unternehmertum zu unterstützen und die Arbeiterschaft zu provozieren.

Als nach einiger Zeit die Drachme wieder zu steigen begann, beschlossen die Kapitalisten, mit Hilfe der Regierung einen allgemeinen Lohnabbau durchzuführen. Trotz der Gegenwehr der Arbeiterschaft kam es zu weitgehenden Lohnherabsetzungen. So wurde in der Tabakindustrie, die 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, der Lohn fast um die Hälfte herabgesetzt. Als die Lage der Arbeiter immer schlechter wurde und die Bergarbeiter in den Streik traten, da beschloß der Gewerkschaftsbund den Generalstreik zur Unterstützung der Bergleute. Niemals hatte Griechenland einen ähnlichen Streik gesehen. Ueber 70 010 Arbeiter befanden sich im Ausstand. Der Streik dauerte eine Woche.

Die griechische Bourgeoisie fühlte ihre Herrschaft bedroht und ging rücksichtslos gegen die Arbeiter vor. Matrosen und Soldaten wurden zum Streikbruch verwendet. Die Streikenden wurden zum Militärdienst eingezogen. Die Versammlungen wurden verboten. Die Gefängnisse wurden mit streikenden Arbeitern gefüllt. Als dies alles nichts nützte, ging man mit Maschinengewehren und Kanonen gegen die Streikenden vor. Sämtliche Gewerkschaften wurden aufgelöst und ihr Vermögen konfisziert. Das haben in dieser brutalen Form nicht einmal Horthy und Mussolini getan.

So konnte der Streik unterdrückt werden. Die Arbeiter wurden gezwungen, in die Betriebe zurückzukehren. Eine Anzahl der Streikenden wurde freilich nicht wieder eingestellt. Der Lohnabbau geht weiter und die Regierung will die Neubildung der Gewerkschaften nur dann gestatten, wenn die Gewerkschaften sich an die bürgerlichen Parteien anlehnen. Aber die Arbeiterklasse ist entschlossen, den Kampf fortzusetzen. Sie leistet bereits wieder passiven Widerstand. Wenn die Arbeiter der anderen Länder dem griechischen Proletariat zu Hilfe kommen, wenn sie ihre Stimme erheben gegen die Gewaltmaßregeln der sogenannten venizelistischen „Revolutionäre", dann wird sich die griechische Arbeiterschaft bald wieder erholen und den Kampf erneuern. Es lebe die internationale Solidarität! Es lebe die Einheitsfront des Proletariats gegen die kapitalistische Diktatur!

Buchbesprechung

Otto Bauer: „Die österreichische Revolution".*)

Von Viktor Stern (Reichenberg).

** Otto Bauer, unstreitig einer der klügsten Führer und Theoretiker der Zweiten Internationale, hat eine **Geschichte der österreichischen Revolution** geschrieben. Es ist unmöglich, im Rahmen einer kurzen Besprechung auch nur anzudeuten, was zu jedem Kapitel, ja zu jeder Seite seines Buches gesagt werden könnte und müßte, um zu einer Klärung der zahlreichen aufgeworfenen Probleme zu kommen, oder diese wahre Fundgrube von schwerstem Anklagematerial gegen die Sozialdemokratie aller Länder, und insbesondere Oesterreichs, halbwegs auszuwerten. Hier soll nur festgestellt werden, worin meiner Ansicht nach die **Hauptbedeutung** dieses Buches und zugleich auch sein **Hauptirrtum** liegt.

Bauer hat bereits eine ganze Reihe von Schriften veröffentlicht, in denen er zu dem Problem: Sozialdemokratie oder Kommunismus? Stellung nimmt. Diese Schriften entwickeln in der Hauptsache seine Kritik des Weges, den das russische Proletariat unter der Führung der Bolschewiki gegangen ist. Diese Kritik zeigt einen sehr wenig einheitlichen Charakter. In ihren Schwankungen spiegelt sich sehr deutlich das Auf und Ab des schweren Kampfes der russischen Arbeiter und Bauern gegen eine ganze Welt und der durch alle Staaten sich fortpflanzenden Revolutionswelle wieder. Bald fand Bauer, daß in Rußland gar kein anderer Weg möglich gewesen sei, als der, den die Bolschewiki gingen, bald schleudert er ihnen wieder die Anklage entgegen, das russische Proletariat auf einem Abwege ins Verderben geführt zu haben. Bald prophezeite er den nahen Sturz des russischen Bolschewismus, bald wieder seine Ueberwindung erst nach längerer Zeit. Einzig feststehend an seiner Auffassung der russischen Revolution war nur die Anschauung, daß die russische Revolution eine bürgerliche und keine proletarische ist und daß alle Fehler und Irrtümer der Bolschewiki auf einer Verkennung dieser Tatsache beruhen.

Das Buch über die österreichische Revolution ist das Gegenstück zu dieser Kritik der russischen Revolution. Es will, obwohl dies nicht ausdrücklich gesagt wird, eine Rechtfertigung des Weges sein, den die Sozialdemokraten im Gegensatz zu den Bolschewiki gegangen sind. Es ist kein Zufall, daß gerade ein österreichischer Führer diesen groß angelegten Versuch einer historischen Rechtfertigung des Menschewismus unternimmt. Es gibt keinen idealeren Ausgangspunkt für eine Verteidigung der Halbheit, Unentschlossenheit und des Zurückschreckens vor allen revolutionären Konsequenzen, wie sie für den Menschewismus kennzeichnend sind, als die Betrachtung vom Standpunkt des kleinen, abhängigen, verstümmelten, lebensunfähigen Oesterreich. Otto Bauer versteht es auch, diese natürlichen Vorteile seines Standpunktes auf das Aeußerste zu steigern, indem er bei der geschichtlichen Darstellung das ihm Passende so stark hervorhebt, das ihm nicht Angenehme so stark zurücktreten läßt oder ganz verschweigt, daß man ohne Uebertreibung schon von **Geschichtsfälschungen**, ja von bewußten **Geschichtslügen** sprechen kann. Aber das alles reichte nicht aus, um sogar einen so geschickten Dialektiker, wie es Otto Bauer unzweifelhaft ist, seinen Zweck, die sozialdemokratische Taktik zu rechtfertigen, erreichen zu lassen.

Mit der Katastrophe von 1914 beginnt das Buch, in der die österreichische Sozialdemokratie genau so versagte, wie die anderen Parteien der Zweiten Internationale, und es endete mit der Katastrophe von Genf, mit der Kolonisierung Oesterreichs zur Festigung der unbedingten Vorherrschaft der Bourgeoisie in einem Lande, in dem eine niedergeschlagene, völlig wehrlos und ohnmächtige Bourgeoisie eine Zeitlang davor gezittert hatte, vom siegreichen Proletariat vollends niedergetreten zu werden. Während Sowjetrußland unabhängiger und fester dasteht als je, bezahlt das österreichische Proletariat mit Arbeitslosigkeit, Lohndruck, Entrechtung auf allen Gebieten, Beseitigung sogar des bürgerlichen Parlaments, und unter der Herrschaft des monarchistischen Pfaffen Seipel und des allmächtigen Völkerbundkommissars Zimmermann, die „Rettung" durch ein paar Millionen Goldkronen, für die es nach kurzer Zeit doppelt so viel zahlen müssen wird. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß der niederschmetternde Eindruck dieses glorreichen Ergebnisses der Politik der österreichischen Sozialdemokratie, dieses völligen Bankrotts der austro-marxistischen Taktik, mit ein Grund für Otto Bauer gewesen ist, mit dem Aufgebot seines ganzen Scharfsinnes eine Rechtfertigung der Politik seiner Partei zu versuchen. Aber zu welch kläglichem Ergebnis, zu welcher blutigen, ungewollten Selbstverhöhnung führt doch dieser Versuch, wenn Bauer das Endergebnis seines Buches in den Gedanken zusammenfaßt, daß die österreichische Sozialdemokratie, nachdem sie von der Bourgeoisie den wohlverdienten Fußtritt empfangen hat und diese von ihrer Mithilfe nichts mehr wissen will, nun einen Kampf zu führen hat, um die Bourgeoisie zu nötigen, wieder ein paar Sozialdemokraten zu den Ministerstühlen zuzulassen.

Nichtsdestoweniger ist das Buch unstreitig die beste Arbeit, die Bauer bisher geliefert hat. Mit geradezu dramatischer Lebendigkeit und Anschaulichkeit wird das geschichtliche Geschehen von dem Tage des Ultimatums an Serbien bis zu den Vorbereitungen Seipels, die hemmungslose bourgeoise Diktatur zu verwirklichen, geschildert. Der Kampf der Nationen im alten Oesterreich, ihre Friedens- und Kriegsziele, die Wirkung des Zusammenbruches der sie fesselnden Staatsmacht, die Stellung des Proletariats in allen diesen Nationen, das Entstehen Deutsch-Oesterreichs, der sozialdemokratische Kampf gegen den Ansturm des Bolschewismus, die schrittweise Zurückdrängung des Einflusses der Arbeiterklasse, die Versuche zur Rettung der zusammenbrechenden Wirtschaft und schließlich die freiwillige Unterwerfung unter die Fremdherrschaft zur Rettung der Profite und zur völligen Niederwerfung der Arbeiterschaft — das alles sucht Bauer bis auf die verborgensten Ursachen und Zusammenhänge zu durchforschen, in seiner geschichtlichen Bedeutung zu erfassen und darzustellen. Trotz der absichtlich weit über die Grenzen des Erlaubten hinausgehenden Färbung und Entstellung wichtiger Tatsachen bleibt das Werk ein geschichtliches Quellenmaterial von hohem Werte. Auch stehen den Vergewaltigungen geschichtlicher Tatsachen zahlreiche Fälle gegenüber, in denen Bauer mit geradezu brutaler Offenheit wichtige Geständnisse ablegt. Merkwürdig ist, daß Bauer, der stellenweise in geradezu vorbildlicher Art die Methoden der materialistischen Geschichtsbetrachtung anwendet, sich so oft ganz und gar durch den ideologischen Schein täuschen läßt und in ihm den Kern der Sache sieht, zum Beispiel bei der Kennzeichnung der Rolle des deutschnationalen Bürgertums oder bei seiner Auffassung des Weltkrieges als einer geschichtlich notwendigen **nationalen** Revolution. Jeder Gedanke daran, den Krieg, das Chaos, die unlösbaren Konflikte unserer Zeit und ihre Massenbewegung darauf zurückzuführen, daß der Kapitalismus den Höhepunkt seiner Entwicklung erreicht hat und dessen durch seine inneren Widersprüche bedingter Zusammenbruch eingesetzt haben könnte, fehlt in dem Buche ganz. Und das ist kein Zufall, sondern **ein klarer Beweis für die völlige Blindheit des Menschewisten Bauer gegenüber dem proletarischen revolutionären Charakter der gegenwärtigen Geschichtsperiode.** Gewiß erklärt schließlich auch Bauer, in der gegenwärtigen Epoche nur eine Uebergangsperiode zwischen zwei Revolutionen zu sehen, und zu erwarten, daß eine ganz große Reihe solcher Revolutionen schließlich auch die soziale Umwälzung herbeiführen wird. Aber dieser Gedanke ist kein logisches Ergebnis der ganzen geschichtlichen Darstellung. Es ist nur eine ganz mechanisch eingefügte Konzession, die notwendig ist, um den Schein zu verhüten, als habe Bauer überhaupt aufgehört, noch Sozialist zu sein. Auch ist die neue Revolution, die Bauer erwartet und für notwendig erklärt, eigentlich nichts anderes als ein neuer Krieg zur endgültigen Korrektur der Lösung der nationalen Frage, die im letzten Kriege so schlecht gelungen ist. Der Gedanke, **daß es vom Proletariat abhängt**, ob ein neuer Krieg kommt, oder ob ihm die proletarische Revolution zuvorkommt, liegt dem Menschewisten Bauer weltfern.

Solchen menschewistischen Geist atmet das Buch Zeile für Zeile. Am charakteristischsten kommt das vielleicht in dem naiv stolzen Bekenntnis zum Ausdruck, daß die österreichische Sozialdemokratie in der Zeit des Zusammenbruches der Monarchie und der Bourgeoisie niemals von der Methode abging, von der Bourgeoisie immer nur das zu fordern, was ohnedies schon unvermeidlich geworden war und infolgedessen ohne Kampf zu erreichen war. Die Sozialdemokratie fürchtete also den Kampf der völlig ohnmächtigen Bourgeoisie zur Abwehr von Forderungen, deren Erfüllung diese Bourgeoisie nach wenigen Tagen selbst als unvermeidlich begreifen mußte. Aber der **Grundfehler** des ganzen Buches ist im Wesen derselbe, wie der Grundirrtum der Bauerschen Kritik an der russischen Revolution. In seinen letzten Schriften über den neuen Kurs in Rußland betrachtet Otto Bauer, um den bürgerlichen Charakter der russischen Revolution zu beweisen, Rußland isoliert, er urteilt von dem Gesichtspunkt, als ob Rußland allein in der Welt existieren würde, oder richtiger, **als ob es außerhalb von Rußland nur Kapitalisten und keine Proletarier gäbe.** Genau so wird, um die sozialdemokratische Taktik zu rechtfertigen, die österreichische Revolution so betrachtet, als ob es sich darum gehandelt hätte, in Oesterreich

*) Otto Bauer: „Die österreichische Revolution", Wien 1923.

allein, mitten in einer kapitalistischen Umwelt, oder höchstens noch in Gemeinschaft mit Bayern und Ungarn, eine kommunistische Insel aufzurichten. Immer wieder bemüht sich Bauer, alles Material zusammenzutragen, mit dem gezeigt werden soll, wie ohnmächtig, wie hilflos, wie abhängig das kleine Oesterreich war, wie es Tag für Tag nicht wußte, ob es noch für eine Woche genug Lebensmittel, Kohle, Rohstoffe besitzen wird, um nicht buchstäblich zu verhungern. Immer wieder sucht er zu zeigen, wie jeder Versuch, die nationale Revolution, die Deutsch-Oesterreich geschaffen hatte, zu einer sozialen Revolution weiterzutreiben, zum Chaos und zum Einmarsch fremder Truppen hätte führen müssen, und wie es deshalb heilige Pflicht der Führer gewesen sei, sich den Massen, die die Machtergreifung stürmisch verlangten, die nicht begreifen wollten, warum man dem Beispiele Deutschlands im November und später dem Beispiele Bayerns und Ungarns nicht folgte, mit allen Mitteln, auch mit „Opfern des Intellekts“ (das soll wohl **Belügung** heißen!) entgegenzustemmen.

Das ist der Hauptgedanke des Buches. Alles andere ist mehr oder weniger Folie, dazu bestimmt, diesen Hauptgedanken recht wirkungsvoll hervortreten zu lassen. Und dieser Kern der ganzen Arbeit ist nichts anderes als ein leicht zu widerlegender, echt menschewistischer Irrtum. Was Bauer mit so vielem Aufwand von Scharfsinn und gelehrtem Material beweist, ist nur die Selbstverständlichkeit, daß es nicht die österreichische Sozialdemokratie allein war, die zu Beginn des Krieges, im Kriege und nach dem Kriege so jämmerlich versagte, den Sieg der Revolution verhinderte und so mitschuldig wurde an all den Folgen des Sieges der Bourgeoisie außerhalb Rußlands. Die österreichische Sozialdemokratie war nur ein Teil der internationalen Sozialdemokratie, die diese geschichtliche Schuld auf sich geladen hat. Die österreichische Sozialdemokratie allein wäre freilich nicht imstande gewesen, die Folgen dieses weltgeschichtlichen Verrates zu verhüten, ebenso wenig wie es die Kommunisten in den verschiedenen Ländern konnten. Aber die österreichische Sozialdemokratie hat als Teil der internationalen Sozialdemokratie **an entscheidender Stelle** und **in führender und beispielgebender Weise** ihr voll gerüttelt Maß zu dieser allgemeinen Schuld der Sozialdemokratie aller Länder beigetragen. Das Buch Bauers selbst zeigt trotz aller Verschweigung, wie furchtbar und verhängnisvoll groß ihre Schuld war. Die Ausrede Bauers: „Wir, in Oesterreich, konnten nichts machen“ ist ungefähr so viel wert, als wenn der Führer der Salzburger Sozialdemokratie erklären würde: ja, was wollt ihr eigentlich von uns Sozialdemokraten? Wir, hier in Salzburg, können doch nichts dafür, daß die Weltrevolution nicht gesiegt hat, und wir allein können nicht Weltrevolution machen!

Bauer selbst schildert in seinem Buche, wie gewaltig die revolutionäre Welle war, die nach dem Kriege durch ganz Europa ging, wie selbst die Sieger vor den aufgewühlten und bewaffneten Proletariern zittern mußten und wie selbst die Bauern auch in Oesterreich revolutioniert aus dem Kriege zurückkehrten. In Wirklichkeit war die Situation für das Proletariat noch weit günstiger, als er es selbst zugibt. Er möchte den Anschein erwecken, als ob es in den Siegerländern schon nach ganz kurzer Zeit gelang, die revolutionäre Welle zum Stillstand zu bringen, er vergißt aber, daß schon der Massenzudrang zur Dritten Internationale in Frankreich, in Italien, in der Tschechoslowakei und in anderen Ländern das Gegenteil beweist. Davon jedoch abgesehen. Ein Sieg der Revolution in Deutschland hätte natürlich die durch die russische Revolution ausgelöste Welle mächtig erstarken lassen müssen. Ein revolutionäres Deutschland und ein revolutionäres Oesterreich wären — ohne viel zu fragen — eine Einheit gewesen, zum mindesten eine wirtschaftliche Einheit. In den Regierungen der Länder, vor deren Eingreifen Bauer noch nachträglich so zittert, saßen Sozialdemokraten, was klar beweist, daß die Bourgeoisie dieser Länder gegen den ernsten Willen der proletarischen Organisationen nicht einmal regieren, geschweige denn etwas Ernstes nach außenhin hätte unternehmen können. Wie tapfer hat sich das kleine Räte-Ungarn allein, trotz der Sabotage seiner Sozialdemokraten, zu wehren verstanden, wie hat es die Tschechen, vor denen Bauer so zitterte, allein mit blutigen Köpfen nach Hause geschickt. Bauer schildert selbst die militärische Ohnmacht der Jugoslawen in den ersten Monaten des Umsturzes und die gegenseitige Bindung des jugoslawischen und italienischen Heeres. Er schildert selbst die ernste Furcht der Siegerstaaten vor einer Bolschewisierung ganz Mitteleuropas, obwohl auch die kapitalistischen Regierungen ihre Sozialdemokraten sehr genau kannten. Wer kann im Ernste daran zweifeln, daß die mitteleuropäische Revolution, **wenn die Zweite Internationale eine wahrhaft proletarische und revolutionäre Internationale gewesen wäre**, eine unbesiegbare Macht gewesen wäre? Zeigt doch das Buch Bauers deutlich, wie schwer es der Bourgeoisie war, nur einen kleinen Teil dieser Revolution selbst mit Hilfe der Sozialdemokraten niederzuwerfen. Gewiß, die Geschichte hat vorläufig in Europa denjenigen Recht gegeben, die an den Sieg der Revolution nicht glaubten. Aber die stärkste, die entscheidende geschichtliche Kraft, die zu diesem für das Proletariat so verhängnisvollen Ergebnis geführt hat, war die internationale Sozialdemokratie selbst. Das festzustellen, vergißt Bauer ganz und gar. Für Oesterreich gibt er offen zu, daß die Sozialdemokraten den Uebergang von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution verhindert haben und daß nur sie allein imstande waren, ihn zu verhindern. Um das zu rechtfertigen, zählt er die anderen Niederlagen der proletarischen Revolutionen in allen übrigen Ländern auf, in Deutschland, in Ungarn, in Italien, vor Warschau usw. Daß auf allen diesen Fronten, nicht nur in Oesterreich, Sozialdemokraten gegen die Revolution kämpften, und daß überall ohne ihre Hilfe die Niederwerfung des Proletariats nicht hätte gelingen können, das verschweigt er. Genau so, wie er verschweigt, daß die österreichische Sozialdemokratie den sozialdemokratischen Widerstand gegen das Weitertreiben der bürgerlichen zur proletarischen Revolution in allen anderen Ländern gebilligt hat, ja, daß Otto Bauer selbst seinen ganzen nicht geringen Einfluß als Theoretiker in der ganzen Internationale in diesem Sinne hat wirken lassen. Seine zahlreichen Schriften gegen den Bolschewismus haben die revolutionäre Entwicklung in allen Ländern sicherlich sehr gehemmt. Der Rechtfertigungsversuch Otto Bauers scheitert also daran, daß er sich auf Tatsachen beruft, für die österreichische Sozialdemokratie und er selbst vollauf mitverantwortlich sind.

Aber nicht das allein macht seine Rechtfertigungsbemühungen illusorisch. Auch Kommunisten haben dort, wo es die Verhältnisse nicht erlaubten, davon abgesehen, das Proletariat zur unmittelbaren Machtergreifung aufzurufen. Sie haben sich aber eingereiht in die internationale Front derjenigen, die nicht in dem kleinen Oesterreich allein, sondern international den Kapitalismus besiegen wollen. Bauer aber ist einer der gefährlichsten Feinde dieser Internationale. Ganz ohne Eindruck sind zwar die Lehren der Geschichte auch auf ihn nicht geblieben. Derselbe Otto Bauer, der einmal zu beweisen versuchte, daß nur auf demokratischem Wege, im Zusammenwirken mit der Bourgeoisie, der Sozialismus insbesondere in den Westländern herbeigeführt werden kann, derselbe Bauer gibt jetzt zu, daß die parlamentarische Demokratie eine Illusion ist (S. 187), daß sie der Klassenherrschaft nur die Weihe der Bestätigung durch die Volksgemeinschaft gibt und sie dadurch verhüllt (S. 245), er gibt zu — und das ist ein noch weitergehendes Zugeständnis —, daß selbst die Volksrepublik, in der seiner Ansicht nach das Proletariat tatsächlich die Macht mit der Bourgeoisie teilt, noch nicht die friedliche Entwicklung zum Sozialismus gewährleistet, zu der vielmehr erst neue revolutionäre Prozesse führen, die er freilich erst kommen sieht, wenn neue kriegerische Verwicklungen dazu treiben. Erst dann steht nach seiner Meinung das Proletariat vor der Wahl: Konterrevolution der Bourgeoisie oder Revolution des Proletariats, Kapitalismus oder Sozialismus. (S. 290.) Otto Bauer bleibt also der alten austro-marxistischen Methode treu, in der Theorie dem revolutionären Standpunkt sehr weit entgegenzukommen, aber nur in anderen Ländern und in vergangenen oder sehr fernen Zeiten. Für die Gegenwart kommt er zu einem echt menschewistischen Ergebnis. Gewiß, für die Seipel-Republik kann sich selbst Otto Bauer nicht erwärmen, aber eine Arbeiter- und Bauernrepublik wird erst nach dem nächsten Weltkriege möglich sein. Was bleibt also übrig: Die „Volksrepublik“ — eine neue Illusion. Eine neue Gedanken-Konstruktion, um sich nicht entscheiden zu müssen. Die „Volksrepublik“ soll der anzustrebende Staat der Uebergangsperiode sein, in der wir leben, eine Republik, in der nicht die parlamentarische Demokratie herscht, sondern eine „funktionelle Demokratie“, in der die Regierung nicht einfach das machen kann, was die Mehrheit beschließt, sondern in der die Volksmassen mit entscheiden, sowie in der schönen Zeit nach dem Umsturz, wo, wie Bauer erzählt, sozialdemokratische Führer die erregten Arbeitermassen, bevor irgendeine Regierungsmaßnahme durchgeführt werden konnte, erst überzeugen mußten, daß „es nicht anders geht“. Otto Bauer ist es also bis heute noch nicht klar geworden, daß ein solches Verhältnis nur dann möglich ist, wenn die Bourgeoisie die Sozialdemokratie zur Besiegung der Revolution braucht und sich die Sozialdemokratie zu solch edler Arbeit hergibt.

Das Buch Bauers bringt also in Wirklichkeit nicht die gewünschte Rechtfertigung der menschewistischen Taktik, sondern es ist zu einem Denkmal ihres völligen Bankrotts auch in Mitteleuropa geworden. Es ist ein Musterbeispiel der alten austro-marxistischen Methode, die internationale Betrachtungsweise nur anzuwenden, um die Kräfte der Gegenrevolution übermächtig und unbesiegbar erscheinen zu lassen, bei der Einschätzung der Kräfte der Revolution aber über die Grenzen des eigenen Landes nicht hinaussehen zu wollen.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.